

Zu viel Ärger: Habeck steigt bei Twitter und Facebook aus

Grünen-Chef rechnet mit sozialen Netzwerken ab – Nutzer sollen besser geschützt werden

VON MARCUS DECKER
UND TANJA KÖHLER

KIEL/BERLIN. Nach massivem Ärger mit den sozialen Netzwerken hat Grünen-Chef Robert Habeck als erster Bundespolitiker die Reißleine gezogen. Unter der Überschrift „Bye bye, Twitter und Facebook“ kündigte Schleswig-Holsteins ehemaliger Digitalisierungsminister an, seine Konten auf Facebook und Twitter zu löschen. Ein radikaler Schritt: Auf Twitter folgen Habeck bisher mehr als 48 000 Menschen, auf Facebook sind es mehr als 49 000.

Habeck hatte mehr als einen Grund, der digitalen Welt den Rücken zu kehren. Wie berichtet zählt der 49-Jährige zu den Hauptbetroffenen des massenhaften Daten-Diebstahls, der am Freitag bekannt wurde. Neben Handy-Nummer und persönlichen Dokumenten wurden auch hochgradig private Chats mit Familienangehörigen verbreitet.

Vorgestern veröffentlichten Thüringens Grüne dann ein kurzes Twitter-Video, in dem sich Habeck zur bevorstehenden Landtagswahl äußert und sagt: „Wir versuchen, alles zu machen, damit Thüringen ein offenes, freies, liberales, demokratisches Land wird, ein ökologisches Land.“ Für seine politischen Gegner war das ein gefundenes Fressen, da die Grünen in Thüringen mitregieren. Und es war nicht Habecks erster Ausrutscher. Im Herbst hatte er bei Twitter mit Blick auf das absehbare Ende der CSU-Alleinregierung betont: „Endlich gibt es wieder Demokratie in Bayern.“ Auch damals hagelte es Kritik.

Habeck reagierte selbstkritisch. „Wie dumm muss man sein, einen Fehler zweimal zu begehen?“, schrieb er in seinem Blog. Und: „Ich habe schon nach dem Bayern-Video darüber nachgedacht. Nach einer schlaflosen Nacht komme ich zu dem Ergebnis, dass Twitter auf mich abfährt.“ In



„Nach einer schlaflosen Nacht komme ich zu dem Ergebnis, dass Twitter auf mich abfährt.“

Robert Habeck,
Grünen-Bundeschef

keinem anderen Medium gebe es so viel Hass, Böswilligkeit und Hetze. Twitter sei ein „sehr hartes Medium, wo spaltend und polarisierend geredet wird“. Offenbar sei er dagegen nicht immun.

Zuspruch bekommt er von Schleswig-Holsteins Grünen-Chef Steffen Regis: „Ich habe

davor großen Respekt. Gleichzeitig trifft seine Analyse haargenau zu: Twitter und Facebook sind durchtränkt von Fakes und Hass, dort wird eine Parallelrealität sondergleichen erschaffen. Dies muss sich ändern.“ Andere Landespolitiker werten Habecks Rückzug als falsches Signal. Schließlich müsse er sich weiter öffentlich äußern. „Als Politiker muss ich aus meiner Erfahrung heraus überlegt handeln“, sagt CDU-Fraktionschef Tobias Koch.

Andere fordern nach dem Datenleck bessere Schutzmechanismen und Sicherheitsstandards, wie der Bundestagsabgeordnete Konstantin von Notz (Grüne): „Die Veröffentlichungen sind eine Zäsur. Wenn die Verbraucher jetzt nicht endlich entschlossen auch rechtlich besser geschützt werden, muss man vieles sehr grundsätzlich überdenken.“

» LEITARTIKEL | 2, SH | 9

Digital abgemeldet

Wie lange Habeck den sozialen Netzwerken fernbleibt, wird sich zeigen

► Sprache ist Politik, und Politik ist Sprache: In seinem aktuellen Buch („Wer wir sein könnten“) hat sich Robert Habeck sehr tiefgehend mit dem eigenen Tun auseinandergesetzt. „Es ist wichtig, auf sprachliche Präzision und Differenzierung zu achten“, ist einer der Kernsätze, und da sich Habeck selbst sehr ernst nimmt, ist sein Ausstieg aus den sozialen Netzwerken auf den ersten Blick nur konsequent. Bei Twitter und Facebook geht es um Verkürzung und Zuspitzung, um die schnelle, plakative Botschaft. Also um das Gegenteil dessen, was der studierte Philosoph als Schriftsteller der Gesellschaft predigt. Nach dem gerade aufgedeckten Hacker-Angriff kann man zudem für den Menschen Habeck viel Verständnis haben. Es ist aber fraglich, ob der Politiker Habeck die richtige Entscheidung getroffen hat.

Der Daten-Diebstahl hat den Grünen-Vorsitzenden besonders hart getroffen. Die private Konversation mit der Familie und Dokumente seiner Kinder ins Netz zu stellen, ist widerwärtig. Auch Spitzenpolitiker brauchen eine Privatsphäre, Habecks Familie in Flensburg ist sein geschützter Raum, zu dem kein Facebook-Freund, kein Twitter-Follower Zutritt haben sollte. Dass diese beiden Netzwerke beim Datenraub eine Rolle spielten, erklärt den radikalen Verzicht aber nur zum Teil.

Habeck ist nicht nur sensibel, er ist auch impulsiv und reagiert für einen Berufspolitiker seiner Spielklasse manchmal äußerst dünnhäutig. Legendar etwa seine Mittelfinger-Geste auf der Regierungsbank während einer Stegner-Rede oder sein Geschrei im Angesicht protestierender Studenten vorm Landeshaus. In diese Reihe passt der eilige Digital-Ausstieg

LEITARTIKEL

CHRISTIAN LONGARDT
CHEFREDAKTEUR



nach „schlafloser Nacht“, dem öffentlicher Hohn und Spott über ein verunglücktes Wahlkampf-Video in Thüringen vorausgegangen waren. Schon vor der Bayern-Wahl hatte sich Habeck in ganz ähnlicher Weise vergaloppiert: Nur mit den Grünen sei echte Demokratie zu haben, so hatte es beide Mal geklungen – und wer zweimal solchen Unsinn verzapft, dem darf schon ein ordentliches Maß an moralischer Überheblichkeit unterstellt werden. Mit dem Medium Twitter hat das erst mal wenig zu tun. Wenn sich Habeck nun von seinen zusammen fast 100 000 Followern verabschiedet, dann tut er auch dies mit der Geste des großen Moralisten, der das böse Spiel als Erster durchschaut hat. Der digitale Aussteiger, das macht sich gut in Zeiten, in denen ein US-Präsident twitternd die ganze Welt verwirrt.

Wie lange Habeck tatsächlich abstinent sein wird, bleibt abzuwarten. Ein Bundesvorsitzender einer progressiv-liberalen Partei, der sich aus der digitalen Debatte abmeldet: Das ist für die junge Klientel der Grünen ein ziemlich irritierendes Signal. Wenn nach der nächsten Bundestagswahl ein Ministeramt locken sollte, dann wird sich der frühere Kieler Digitalminister gut überlegen, ob er von seiner Pressestelle wirklich verlangt, doch bitte ohne @RobertHabeck seine Politik zu kommunizieren.

☉ chefredaktion@kieler-nachrichten.de

”

Habeck ist nicht nur sensibel, er ist auch impulsiv und reagiert für einen Berufspolitiker seiner Spielklasse manchmal äußerst dünnhäutig.

Cyber-Sicherheit soll besser werden

Ermittler verhören nach Datendiebstahl erste Zeugen – Innenminister Seehofer trifft Chefs von Sicherheitsbehörden

VON MARKUS DECKER
UND JÖRG KÖPKE

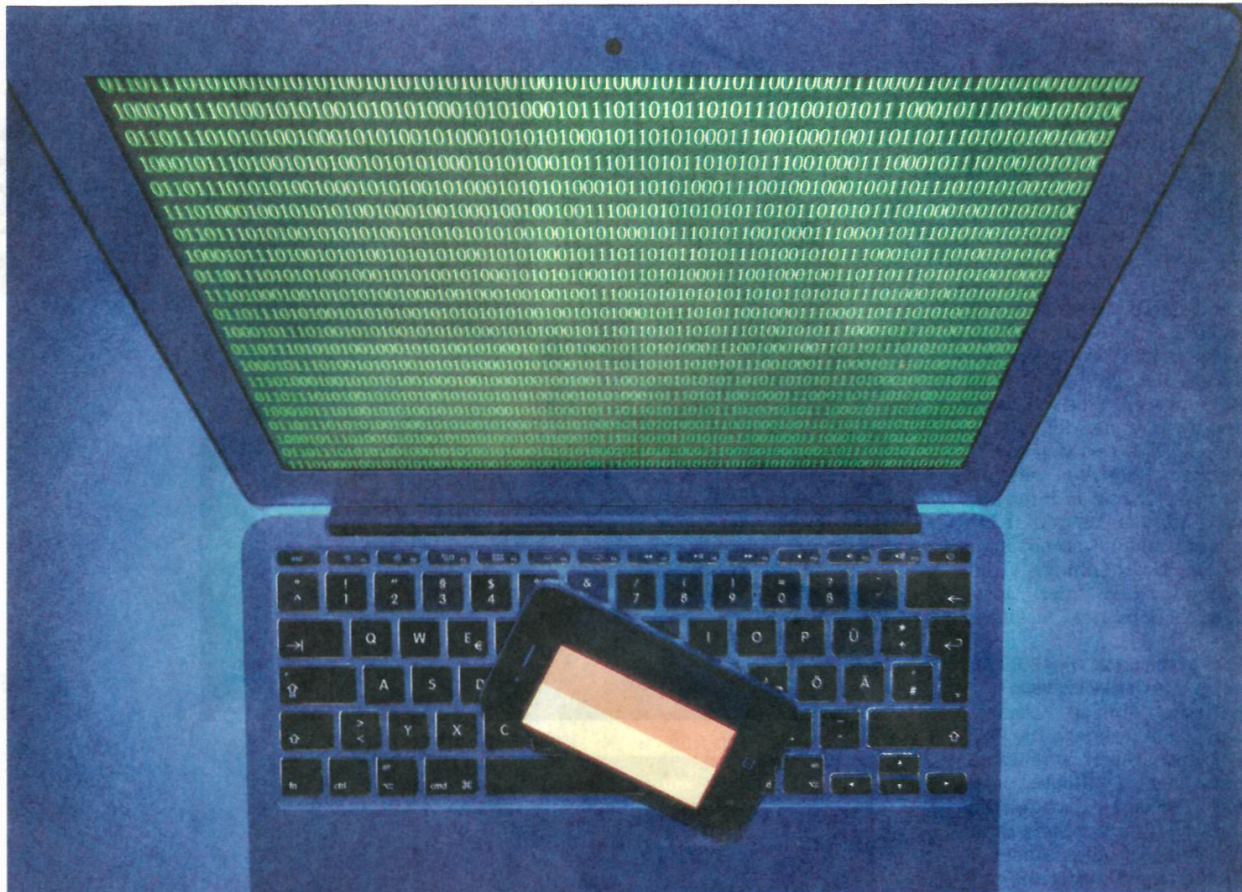
BERLIN. Fünf Tage nach Bekanntwerden eines Datenlecks bei Politikern, Prominenten und Journalisten ist noch immer unklar, wer hinter der Attacke steckt. Am Montag kamen Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Holger Münch, sowie der Präsident des Bundesamtes für IT-Sicherheit (BSI), Arne Schönbohm, in Berlin zusammen. Seehofer will sich an diesem Dienstag mit den Sicherheitschefs zu Details äußern. Sein Sprecher Sören Schmidt sagte: „Die Behörden brauchen noch Zeit.“

Nach dem massiven Online-Angriff will die Bundesregierung jedoch Konsequenzen ziehen und die Cyber-Sicherheit verbessern. Dazu soll in den nächsten Monaten unter anderem ein „Cyber-Abwehrzentrum plus“ geschaffen werden.

Das BKA hat inzwischen mehrere Zeugen vernommen, darunter einen IT-Angestellten aus Heilbronn. Der 19-Jährige soll über Monate Kontakt zu einer Person aus der YouTube-Szene mit dem Twitter-Account „G0d“ (@_Orbit) gehabt haben, die hinter dem Cyberangriff vermutet wird. Ermittler durchsuchten am Sonntag Wohnung und Müll-eimer des Zeugen auf der Suche nach Indizien.

Berichte, Russland stecke hinter dem Datendiebstahl, wies die Bundesregierung als „Spekulation“ zurück. Nach Informationen des RedaktionsNetzwerks Deutschland (RND) haben Opfer des Angriffs in den letzten Tagen anonyme Anrufe mit Nummern aus Russland bekommen. Wie in Sicherheitskreisen verlautete, gebe es allerdings den Verdacht, Trittbrettfahrer könnten dahinter stecken. „Denn so blöd sind auch die russischen Nachrichtendienste nicht.“

SPD-Cyberexperte Jens



Angriff aus der rechten Ecke? Noch ist vieles Spekulation.

FOTO: ACTION PRESS

Zimmermann sagte dem RND, es sei auffällig, dass die rund 50 besonders betroffenen Accounts Personen gehörten, die sich für Flüchtlinge und gegen die rechtspopulistische AfD engagieren. „Ich halte es für denkbar, dass die Attacke politisch motiviert ist und die Täter im rechtsextremen Mi-

lieu zu finden sind.“ Laut Bundesinnenministerium gibt es bisher keine Hinweise darauf, dass Politiker der AfD betroffen sind.

Kritik gibt es weiter an der Informationspolitik von BSI-Präsident Schönbohm. Dieser hatte am Freitag erklärt, „schon sehr frühzeitig im De-

zember auch schon mit einzelnen Abgeordneten“ gesprochen zu haben. Später ruderte seine Behörde zurück. Man sei Anfang Dezember nur von einem einzigen Bundestagsmitglied über fragwürdige Bewegungen auf dessen E-Mail- und Social-Media-Accounts informiert worden und sei von

einem Einzelfall ausgegangen. Ein Zusammenhang zur Gesamtheit massenweise gestohlener oder veröffentlichter Daten sei erst jetzt im Nachhinein festgestellt worden.

Das für die Fach- und Rechtsaufsicht des BSI zuständige Bundesinnenministerium verlangt Antworten. „Wir werden deutlich klären, wer hier wann was gewusst hat“, sagte Sprecher Schmidt. Er betonte, das BSI habe schon 2018 Kenntnis von fünf Fällen im Zusammenhang mit dem massiven Onlineangriff auf Politiker und Prominente bekommen. „Intensiv gekümmert“ habe man sich um einen davon. „In vier weiteren Fällen gab es Strafanzeigen von Betroffenen.“ Darüber sei das BSI informiert worden.

Barley mahnt Verschlüsselung an

Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) hat angesichts hundertfachen Datendiebstahls eine bessere Verschlüsselung von Daten im Internet gefordert. So müssten Anbieter die Zwei-Faktor-Authentifizierung zum Standard machen, sagte Barley am Montag am Rande der

Jahrestagung des Beamtenbundes dbb in Köln. Dabei handelt es sich um den Authentizitätsnachweis eines Nutzers nicht nur durch ein Passwort, sondern auch durch ein zusätzliches weiteres Merkmal.

Barley sagte zudem: „Wir

müssen dahinkommen, dass die Menschen auch selbst verantwortlich mit ihren Daten umgehen.“ Mit der Datenschutzgrundverordnung sei ein wichtiger Schritt getan worden. „Er reicht aber noch nicht.“ Viele nutzten etwa nur „eins zwei drei“ als Passwort oder „hallo“.



Er ist dann mal weg

Robert Habeck zieht sich aus den sozialen Netzwerken zurück – und findet in der Politik dafür kaum Unterstützung

VON TANJA KÖHLER

KIEL. Der Grünen-Vorsitzende Robert Habeck trennt sich von seinem Facebook- und Twitter-Account. Doch ist das das richtige Vorgehen? Politiker aus Schleswig-Holstein zweifeln das an. Sie fordern mehr Haltung in sozialen Netzwerken und sagen: Wer in der Öffentlichkeit steht, muss sich richtig ausdrücken können.

Auf Twitter, Facebook, Instagram und Youtube lassen sich Themen setzen. Das haben Politiker längst erkannt. Innerhalb von Sekunden landen die eigenen Ansichten bei den Abonnenten. Ungefiltert. Ohne, dass die Politiker auf die klassischen Medien angewiesen sind.

Auch Robert Habeck nutzte die sozialen Netzwerke bislang für seine Interessen: Auf Twitter folgen ihm mehr als 48 000 User, auf Facebook sind es 49 000. Doch nach einem zurückgezogenen Wahlkampf-Video auf der Twitter-Seite der Grünen in Thüringen und dem Diebstahl seiner privaten Daten bei Facebook soll damit Schluss sein.

Für einen Politiker, der viel über diese Kanäle kommuniziert und ein junges Publikum ansprechen will, ist das eine schwerwiegende Entscheidung. Doch: „Ich bezweifle, dass das die richtige Konsequenz ist“, sagt der Chef der CDU-Landtagsfraktion, Tobias Koch. Statt eines Rückzugs

wäre es angemessener, Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. „Man zieht ja auch nicht gleich aus einem Haus aus, wenn bei einem eingebrochen wurde.“

Zumal Robert Habeck sich auch weiterhin öffentlich äußern müsse – etwa bei Wahlkampf-Auftritten oder gegenüber der Presse. „Ein gewisses Maß an Selbstkontrolle ist angebracht. Man muss schon mal seine Zunge im Zaum halten können.“ Ähnlich sieht es der Fraktionschef der FDP, Christopher Vogt: „Es ist schon eine erstaunliche Begründung, sich zurückzuziehen, weil Twitter etwas mit einem mache.“ Jemand wie Robert Habeck, der Ambitionen auf das Kanzleramt habe, müsse präzise in seinen Formulierungen sein. „Auch unter Zeitdruck.“

Ministerpräsident Daniel

Günther (CDU), von dem über das Datenleck private Telefonnummern öffentlich wurden, reagiert verständnisvoll: „Ich kann die persönlichen Gründe von Robert Habeck nachvollziehen. Immerhin sind in seinem Fall auch private Facebook-Dialoge nach außen gedrungen.“ Aber deswegen gleich die Social-Media-Aktivität bei Facebook und Instagram herunterzufahren? Für Daniel Günther ist das keine Option.

Das Datenleck zeige laut der schleswig-holsteinischen Grünen-Vorsitzenden Ann-Kathrin Tranziska vielmehr, dass Deutschland in Sachen IT-Sicherheit und Datenschutz hinterherhinkt. „Beide Themen werden in der Bundesregierung seit Jahren kleingeredet, obwohl sie für die Digitalisierung elementar sind.“ Die ein-



Wer Ambitionen auf das Kanzleramt hat, muss präzise formulieren. Auch unter Zeitdruck.

Christopher Vogt, FDP-Fraktionschef

zig ergriffenen Maßnahmen seien Eingriffe in die persönlichen Freiheitsrechte durch Überwachung und Kontrolle gewesen, „was die Probleme nicht gelöst hat, sondern eine Verschlechterung für uns alle darstellt.“

Was es stattdessen brauche: Mehr Haltung in den sozialen Netzwerken und weniger Beleidigungen auf privater Ebene. „Wer in der Debatte aber die Grenze zu Beleidigungen, Hass und Drohungen überschreitet, verabschiedet sich aus dem demokratischen Streit“, sagt Tranziska weiter.

Auch andere Politiker wünschen sich einen faireren Umgang in den sozialen Netzwerken. „Ich wünsche mir eine

Streitkultur auf inhaltlicher Ebene zurück, bei der wir die Unterschiede der Parteien herausarbeiten“, sagt Tobias Koch. Denn wer heute einmal deutlich seine Meinung sage, werde öffentlich angegangen. Dabei seien gerade Gegenmeinungen „wesentlich für den politischen Dialog in einer Demokratie“, so Daniel Günther, der sich häufiger einen moderateren Umgang in der Kommunikation wünscht.

Diese Haltung hätte sich mancher auch schon im Juli 2009 gewünscht: Damals forderten die schleswig-holsteinischen Parteichefs von SPD und CDU abwechselnd mit unterschiedlicher Begründung Neuwahlen. Vor dem Bruch der Großen Koalition rüsteten die Parteien und Politiker sich zum digitalen Wahlkampf.

SPD-Fraktionschef Ralf Stegner machte keinen Hehl daraus, dass er den damaligen Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen (CDU) wenig schätzte. Auf den Tweet „Sommerfest bei der SPD Landeswahl. Empowerung ueber MP Carstensen, der notorisch die Unwahrheit sagt und Parteiwohl ueber Landeswohl stellt!“ folgte ein Schlagabtausch unter dem Hashtag #PHC. Ruhiger geworden ist SPD-Vize Ralf Stegner, ein Mann mit immerhin 44 600 Tweets, seither nicht. Nur zu Habecks Rückzug aus den sozialen Netzwerken sagte er gestern nichts.

Wer veröffentlicht selbst? Wer lässt posten?

Ralf Stegner war einer der ersten Politiker in Schleswig-Holstein, der Twitter für sich entdeckte. Wie viele andere postet der SPD-Chef selbst in den sozialen Netzwerken. Grünen-Chef Steffen Regis sagt: „Auf meiner persönlichen Seite poste nur ich. Allerdings habe ich mir vorgenommen, noch besonnener an die Beiträge heranzugehen.“ Die Partei-Seiten in den sozialen Netzwerken werden von einem Team

betreut. Ähnlich ist es bei der FDP: Fraktionschef Christopher Vogt veröffentlicht selbst, die Partei- und Fraktionsseite werden von der Pressestelle verantwortet. Daniel Günther (CDU) nutzt als Ministerpräsident Facebook und Instagram. Dabei hilft ihm die Pressestelle der Landesregierung. Twitter nutzt Günther nicht mehr. Sein letzter Eintrag dort ist aus dem Jahr 2015. Als CDU-Chef hat er weitere Seiten.